

## (A) Anlage 29

## Antwort

des Staatsministers Frau Dr. Hamm-Brücher auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Biehle** (CDU/CSU) (Drucksache 8/66 Frage B 12):

Trifft es zu, daß die staatlich gelenkte polnische Propaganda deutsche Zeitschriften als Nachfolger der Goebbelsschen Propaganda disqualifiziert und die Bürgerrechtler zu Kollaborateuren mit der früheren Besatzungsmacht stempelt, und sieht — bejahendenfalls — die Bundesregierung darin eine Belastung (Verschlechterung) der deutsch-polnischen Beziehungen und was hat sie gegebenenfalls dagegen unternommen?

Die von Ihnen zitierten Äußerungen sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Es trifft zu, daß die polnische Seite sich mit Teilen der Berichterstattung in der deutschen Presse, insbesondere mit der „Spiegel“-Serie vom November 1976 kritisch auseinandergesetzt hat und diese ihrerseits als entstellend und für die beiderseitigen Beziehungen belastend bezeichnet hat.

Die Bundesregierung betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, sich in derartige Diskussionen im Medienbereich einzuschalten. Sie mißt ihnen keine maßgebende Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis bei.

## Anlage 30

(B)

## Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftliche Frage des Abg. **Dr. Schwörer** (CDU/CSU) (Drucksache 8/66 Frage B 13):

Trifft es zu, daß — wie vom Land Baden-Württemberg beklagt — der Bund für die Aussiedler aus den Ostblockstaaten nicht genügend Mittel zur Verfügung stellt, um die den Aussiedlern zustehenden Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz zu erfüllen, und wenn ja, handelt es sich hier um finanzielle, verwaltungstechnische oder grundsätzliche Schwierigkeiten, die den Bund hindern, seine Verpflichtungen einzuhalten?

Die Information, die Ihnen zugegangen ist, trifft nicht zu.

Im Haushaltsjahr 1976 wurden dem Land zur Auszahlung von Leistungen nach §§ 9 a bis 9 c des Häftlingshilfegesetzes aus Kapitel 06 40 Titel 681 06 insgesamt 19 355 Millionen DM zugewiesen. Die Bedarfsmeldungen sind dabei im vollen Umfang berücksichtigt worden. Dies trifft auch auf die letzte Bedarfsmeldung des dortigen Innenministeriums vom 4. November 1976 zu, mit der Haushaltsmittel in Höhe von 4,1 Millionen DM angefordert wurden, „die in jedem Falle bis zum Ende des Rechnungsjahres 1976 verausgabt werden können“. Am 5. und 12. November 1976 erhielt das Land — unter voller Berücksichtigung einer fernmündlichen Nachforderung — Zuweisungen in Höhe von insgesamt 4,455 Millionen DM.

Für das Haushaltsjahr 1977 liegen bisher noch keine Anforderungen des Landes vor. Gleichwohl hat das Land anteilmäßig zunächst einen Betrag von 6,5 Millionen DM erhalten.

## Anlage 31

## Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Fellermeier** (SPD) (Drucksache 8/66 Fragen B 14 und 15):

Hat die Bundesregierung nach dem dritten Störfall im Kernkraftwerk Gundremmingen am 13. Januar 1977 sichergestellt, daß alle notwendigen Untersuchungen des Vorfalles eingeleitet wurden?

Welche Konsequenzen hinsichtlich zusätzlicher Sicherheitsnormen gedenkt die Bundesregierung zu ziehen, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten?

Der Bundesminister des Innern hat sich unverzüglich nach Auftreten des Störfalles vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen über den Vorfall und in dortiger Zuständigkeit eingeleitete Maßnahmen berichten lassen:

Das Staatsministerium hatte das Landesamt für Umweltschutz eingeschaltet und den TÜV Bayern beauftragt, den Störfall zu untersuchen und die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks zu überwachen. Hinsichtlich einer Wiederinbetriebnahme hat sich das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als atomrechtliche Aufsichtsbehörde ausdrücklich die Zustimmung vorbehalten.

Um sich selbst ein Bild der Situation zu machen, hat der Bundesminister des Innern einen Beamten in Begleitung eines Sachverständigen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz nach Gundremmingen entsandt. Der Bundesminister des Innern hat ferner die Reaktor-Sicherheitskommission beauftragt, insbesondere

- die Ursachen des Störfalles zu untersuchen,
- die Maßnahmen zu beurteilen, die zur Nachrüstung des Kernkraftwerks Gundremmingen zwecks Vermeidung des geschehenen oder ähnlicher Störfälle vorgesehen werden,
- zu überprüfen oder Richtlinien für eine Überprüfung zu geben, ob bei anderen Anlagen vergleichbare Störfälle möglich sind, und ggf. Verbesserungsmaßnahmen anzuregen,
- generell zu überprüfen, ob der Störfall im Kernkraftwerk Gundremmingen Hinweise ergibt, an welchen sonstigen Stellen und in welchem Umfang ggf. eine sicherheitstechnische Überprüfung der anderen Kernkraftwerke angezeigt ist.

Die Reaktor-Sicherheitskommission hat dazu eine Ad-hoc-Kommission gebildet, die erstmals am 28. Januar in Gundremmingen tagte.

Der Bundesminister des Innern wird im Rahmen der Bundesaufsicht dafür Sorge tragen, daß die aufgrund dieser Beratungen in der Reaktor-Sicherheitskommission für notwendig erachteten Überprüfungen bzw. Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden, und eine Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Gundremmingen nur dann zuzulassen, wenn die hierfür erforderlichen Abhilfe- und Ertüchtigungsmaßnahmen realisiert worden sind.



(A) Abs. 3 und 4) sind Beamte, die durch Fortbildung ihre fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten nachweislich wesentlich gesteigert haben, zu fördern. Als Nachweis besonderer fachlicher Kenntnisse in diesem Sinne ist das Diplom einer VWA anzusehen. Beamten, die sich auf diese Weise fortgebildet haben, ist nach Möglichkeit Gelegenheit zu geben, ihre Fachkenntnisse in höher bewerteten Dienstgeschäften anzuwenden und hierbei ihre besondere fachliche Eignung nachzuweisen. Sobald über die künftige Gestaltung des Studiums an den VWA Klarheit besteht, wird die Bundesregierung prüfen, inwieweit eine darüber hinausgehende Berücksichtigung im Rahmen einer Anrechnung auf die Laufbahnausbildung oder auf die Vorbildungsvoraussetzungen möglich ist.

2. Die Frage einer bundeseinheitlichen Anerkennung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums an den VWA ist bereits Gegenstand mehrerer Besprechungen zwischen dem Bundesverband Deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, dem Bund der Diplom-Inhaber der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien und dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gewesen. Dabei standen bisher die verschiedenen gesetzlichen Anerkennungs- und Regelungsmöglichkeiten des Bundes im Vordergrund, wie sie zur Ordnung der beruflichen Weiterbildung durch das neue Berufsbildungsgesetz eingeführt werden sollten. Das neue Berufsbildungsgesetz konnte jedoch nicht in Kraft treten, da der Bundesrat seine Zustimmung versagte.

(B) 3. Für die Beurteilung der derzeitigen Situation der VWA sind das Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976 (HRG) und das Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BBiG) maßgebend.

a) So können die Bundesländer nach § 19 HRG die sogenannte Einstufungsprüfung einführen. Es handelt sich dabei um eine besondere Hochschulprüfung, in der Studienbewerber Kenntnisse und Fähigkeiten nachweisen können, die für ein erfolgreiches Studium erforderlich sind, die sie aber bereits in anderer Weise als durch ein Hochschulstudium erworben haben. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung soll der Studienbewerber in einem entsprechenden Abschnitt des Studiengangs zum Studium zugelassen werden. In einer solchen Einstufungsprüfung werden gerade auch in einem VWA-Studium erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten Bedeutung haben können.

b) Die bundeseinheitliche Anerkennung von außer-schulischen Maßnahmen der beruflichen Fortbildung ist, wenn von einigen Spezialnormen z. B. für Meisterprüfungen abgesehen wird, nach der derzeitigen Rechtslage nur auf der Grundlage des § 46 Abs. 2 BBiG möglich. Danach kann der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft als Grundlage für eine geordnete und einheitliche berufliche Fortbildung sowie zu ihrer Anpassung an die technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernisse durch Rechtsverordnung den Inhalt, das Ziel, die Prüfungsanforderungen, das Prüfungsverfahren sowie die Zulassungsvoraussetzungen und die Bezeichnung des Abschlusses bestimmen. Von dieser Ermächtigung wird im Interesse einer hinreichenden Ordnung der beruflichen Fortbildung auch im kauf-

männischen Bereich sobald wie möglich Gebrauch gemacht werden. Zur Zeit ist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit der Erarbeitung der erforderlichen Grundlagen befaßt. Im Rahmen dieser Arbeiten sollen u. a. der Bestand erhoben, der Bedarf analysiert und die Konzeption für eine sinnvolle Strukturierung der kaufmännischen beruflichen Fortbildung erstellt werden. In die notwendigen Untersuchungen sind die VWA-Studiengänge ebenso wie auch andere Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung von Betriebswirten, Fachwirten etc. einzubeziehen. (C)

Von dem Ergebnis des BIBB-Projektes werden alle weiteren Überlegungen und Planungen in diesem Bereiche abhängen. Wann das Projekt abgeschlossen sein wird, läßt sich z. Z. nicht sicher beurteilen. Die Bundesregierung wird sich aber für eine zügige Durchführung der erforderlichen Arbeiten einsetzen.

#### Anlage 40

#### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Waigel** (CDU/CSU) (Drucksache 8/66 Fragen B 29 und 30):

Welche Ergebnisse und Erkenntnisse haben die Untersuchungen des letzten Betriebsunfalls im Kernkraftwerk Gundremmingen erbracht?

Welche Folgerungen für die Sicherheit der Anlagen, der Bevölkerung und der Umwelt ergeben sich daraus für bestehende und geplante Kernkraftwerke?

Die Ermittlungen zu den Störfallursachen und den aus diesem Vorkommnis ggf. zu ziehenden Konsequenzen für das Kernkraftwerk Gundremmingen sowie für die übrigen Kernkraftwerke sind noch nicht abgeschlossen, alle erforderlichen Maßnahmen jedoch eingeleitet. (D)

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, die zuständige atomrechtliche Aufsichtsbehörde, hat das Landesamt für Umweltschutz eingeschaltet und den TÜV-Bayern beauftragt, den Störfall zu untersuchen und die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks zu überwachen. Hinsichtlich einer Wiederinbetriebnahme hat sich das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als atomrechtliche Aufsichtsbehörde ausdrücklich die Zustimmung vorbehalten.

Um sich selbst ein Bild der Situation zu machen, hat der Bundesminister des Innern einen Beamten in Begleitung eines Sachverständigen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz nach Gundremmingen entsandt. Der Bundesminister des Innern hat ferner die Reaktor-Sicherheitskommission beauftragt, insbesondere

- die Ursachen des Störfalls zu untersuchen,
- die Maßnahmen zu beurteilen, die zur Nachrüstung des Kernkraftwerks Gundremmingen zwecks Vermeidung des geschehenen oder ähnlicher Störfälle vorgesehen werden,
- zu überprüfen oder Richtlinien für eine Überprüfung zu geben, ob bei anderen Anlagen vergleich-



- (A) bare Störfälle möglich sind, und ggf. Verbesserungsmaßnahmen anzuregen,
- generell zu überprüfen, ob der Störfall im Kernkraftwerk Gundremmingen Hinweise ergibt, an welchen sonstigen Stellen und in welchem Umfang ggf. eine sicherheitstechnische Überprüfung der übrigen Kernkraftwerke angezeigt ist.

Die Reaktor-Sicherheitskommission hat dazu eine Unterkommission gebildet, die erstmals am 28. Januar in Gundremmingen tagte.

Der Bundesminister des Innern wird im Rahmen der Bundesaufsicht dafür Sorge tragen, daß die aufgrund dieser Beratungen in der Reaktor-Sicherheitskommission für notwendig erachteten Überprüfungen bzw. Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden, und eine Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes Gundremmingen nur dann zulassen, wenn die hierfür erforderlichen Abhilfe- und Ertüchtigungsmaßnahmen realisiert worden sind.

#### Anlage 41

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Scheffler** (SPD) (Drucksache 8/66 Fragen B 31 und 32):

- (B) Welche und wieviel Leistungssport orientierte Einrichtungen, die in den Schulsport integriert sind oder in einer Verbindung zur Schule stehen, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, wer ist Träger dieser Einrichtungen und wie erfolgt die Finanzierung?
- Sind weitere leistungssportorientierte Einrichtungen geplant, und wie beurteilt die Bundesregierung Ziele und Entwicklungstendenzen dieser Einrichtungen?

Die gestellten Fragen haben eine leistungssportliche Komponente, die in die Zuständigkeit der Bundesregierung, und eine schulsportliche Komponente, die in die Zuständigkeit der Länder fällt. Um Ihre Fragen in vollem Umfang beantworten zu können, habe ich die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder um sachdienliche Angaben zur schulsportlichen Komponente gebeten.

Sobald mir diese Ergebnisse vorliegen, werde ich Ihre Fragen abschließend beantworten.

#### Anlage 42

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Engelsberger** (CDU/CSU) (Drucksache 8/66 Frage B 33):

Hat der Bundeskanzler mit der in seiner Neujahrsansprache verwandten Bezeichnung „Osteuropa“ auch die Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reichs ansprechen wollen, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die darin zum Ausdruck kommende Auffassung oder ist sie mit mir der Meinung, daß die Bezeichnung der deutschen Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reichs mit „Osteuropa“ die Zugehörigkeit dieser Menschen zum deutschen Volk ableugnet und damit im Gegensatz zum Grundgesetz steht?

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Ansprache zum Jahreswechsel 1976/77, auf die Sie sich beziehen, u. a. folgendes ausgeführt:

Ich denke daran, daß unsere Landsleute, die aus Osteuropa zu uns gekommen sind, menschliches Interesse spüren müssen.

Mir ist unerklärlich, wie aus der mit „Osteuropa“ zutreffend umschriebenen geographischen Bezeichnung der Gebiete, aus denen der genannte Personenkreis zu uns gekommen ist, gefolgert werden kann, daß seine Zugehörigkeit zum deutschen Volk hätte in Zweifel gezogen werden sollen. Daß der Herr Bundeskanzler das genaue Gegenteil ausgedrückt hat, ergibt sich daraus, daß er die angesprochenen Personen als „unsere Landsleute“ bezeichnet hat.

Ich darf im übrigen daran erinnern, daß das Deutsche Reich, wie auch das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung festgestellt hat, fortbesteht. Es ist deshalb zumindest mißverständlich, wenn Sie in Ihrer Frage wiederholt vom „ehemaligen“ Deutschen Reich sprechen.

#### Anlage 43

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU) (Drucksache 8/66 Frage B 34):

Wie gedenkt die Bundesregierung die Entschädigung solcher Grundeigentümer zu regeln, die entlang der Zonengrenze durch die Grenzziehung nach 1945 nicht mehr in der Lage sind, ihre Grundstücke in der DDR zu nutzen?

Sofern bei einem Grundstück jenseits der Grenzlinie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR eine Wegnahme im Sinne der lastenausgleichsrechtlichen Vorschriften vorliegt, könnte der Geschädigte Ansprüche nach diesen Vorschriften geltend machen; dies setzt entweder einen förmlichen Entzug des Eigentums oder eine solche Verfügungsbeschränkung voraus, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen einem förmlichen Entzug entspricht. Derartige Ansprüche sind in der Vergangenheit wiederholt im Rahmen des Lastenausgleichs geregelt worden. Der bloße Nutzungsausfall erfüllt in diesem Sinne noch nicht die Voraussetzungen für die Anerkennung einer Wegnahme im Sinne der §§ 3 und 4 des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes. Es gelten insofern für die grenznahen Grundstücke keine anderen Entschädigungsgrundsätze als für andere Grundstücke im Bereich der DDR insgesamt. Eine darüber hinausgehende Regelung ist nicht beabsichtigt.

#### Anlage 44

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Hartmann** (CDU/CSU) (Drucksache 8/66 Frage B 35):